

# tribune

## Das Magazin mit unternehmerischen Visionen

### Editorial



MLaw Andrea Tarnutzer-Münch,  
Advokat  
Advokatur am Bahnhof  
Geschäftsführer AKBS/BLAV  
mail@advokatur.me

Hinter die Gerichtskulissen schauen. Wer will das nicht? Nachdem wir uns tagtäglich – wenigstens einige von uns – Gerichtsserien wie zum Beispiel «Bull», «Boston Legal», «Law & Order: New York» und dergleichen bis tief in die Nacht zu Gemüte führen, ist davon auszugehen, dass die Frage «Wie funktionieren unsere Gerichte?» jedermann brennend interessieren wird. Hermann Mosler, Völkerrechtler und Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag, schrieb schon 1974 über die Gewichtung der Gerichte: «Everyone is of course aware of the fact that the world of today is far from being governed by law [...]

and that every effort is necessary to overcome political disorder by more efficient application of the law». An dieser Aussage hat sich bis heute nichts geändert. Entsprechend wichtig ist es, dass wir als Staatsbürger der Organisation der Gerichte grosses Gewicht beimessen und genau hinschauen, was wie (neu-)organisiert wird. Deshalb beleuchtet die vorliegende «tribune»-Ausgabe verschiedene Aspekte zur Neuorganisation des Gerichtswesens in Basel. Sie geht aber auch der Frage nach, ob Laienrichterinnen und Laienrichter gute Voraussetzungen zum Richten mitbringen, und ob Gerichte wirklich Gerechtigkeit sprechen. Rechtsprechung muss Gerechtigkeit bringen. Wenn der Wille oder die Fähigkeit fehlt, Gerechtigkeit zu schaffen, überlassen wir das Feld den Zynikern, die von sich als Realisten behaupten, Recht zu schaffen, und alle Gerechtigkeitsgläubigen in die Ecke der blauäugigen Gutmenschen und Idealisten stellen wollen.

### Recht & Gerechtigkeit

2 **Neu organisiert: Das Gerichtswesen in Basel-Stadt**

4 **Sorgen Gerichte für Gerechtigkeit?**

6 **Fühlen Sie sich zum Richter berufen?**

8 **Die Gerichte in Basel-Stadt und Basel-Landschaft**

Eine Publikation der Handelskammer beider Basel, der Advokatenkammer Basel und des Basellandschaftlichen Anwaltsverbands mit grosszügiger Unterstützung der Jubiläumstiftung La Roche & Co Banquiers.

# Neu organisiert: Das Gerichtswesen in Basel-Stadt



Dr. Stephan Wullschleger  
Vorsitzender Präsident des Appella-  
tionsgerichts und Vorsitzender des  
Gerichtsrats  
stephan.wullschleger@bs.ch

**Die neue baselstädtische Kantonsverfassung von 2005 verlangt eine unabhängige Justizverwaltung. Mit dem totalrevidierten Gerichtsorganisationsgesetz, welches im Juli 2016 in Kraft getreten ist, hat der Gesetzgeber diese Forderung nun erfüllt. Die Justizverwaltung ist neu Sache der Gerichte und eines Gerichtsrats, der sein Budget direkt dem Grossen Rat unterbreitet.**

Unser Rechtsstaat fusst auf der Teilung der drei Gewalten, des gesetzgebenden Parlaments, der ausführenden Regierung und der rechtsprechenden Gerichte. Alle drei Gewalten sollen dabei unabhängig voneinander handeln können.

## Neu geschaffener Gerichtsrat

Dieser Organisationsmaxime der Gewaltenteilung entspricht auch die baselstädtische Kantonsverfassung. Sie gewährleistet nicht nur die richterliche Unabhängigkeit in der Rechtsprechung, sondern darüber hinaus auch die organisatorische Unabhängigkeit der Justiz, indem die Justizverwaltung zur eigenen Sache der Gerichte erklärt wird. Dieser Grundsatz wird mit dem neuen, auf den 1. Juli 2016 in Kraft getretenen Gerichtsorganisationsgesetz auch in unserem Kanton umgesetzt. Neu ist die Justizverwaltung Sache der einzelnen Gerichte selber und des neu geschaffenen Gerichtsrats. Dieser setzt sich als gerichtsübergreifendes Justizverwaltungsorgan aus den vorsitzenden Präsidiumsmitglie-

dern des Appellations-, des Sozialversicherungs-, des Zivil- und des Strafgerichts sowie einem weiteren Mitglied des Präsidiums des Appellationsgerichts zusammen. Ihm obliegt es, das Budget der Gerichte zu erstellen, ihre Vertretung gegenüber Parlament und Regierung, die strategischen Leitlinien in den Bereichen Finanz- und Rechnungswesen sowie Informatikmanagement und Personalwesen der Gerichte festzulegen, bei letzterem soweit eine einheitliche Regelung an den Gerichten erforderlich ist. Ferner stehen dem Gerichtsrat die Bewilligung des Stellenplans der Gerichte, die Einreihung der Stellen an den Gerichten in die Lohnklassen und der Erlass der notwendigen Reglemente in seinem Kompetenzbereich zu. Dieser neuen Selbständigkeit der Gerichte entspricht es, dass ihr Budget direkt dem Grossen Rat unterbreitet wird, ohne dass es wie bisher vorgängig von der Regierung verändert werden kann, und vom Vorsitzenden des Gerichtsrats im Grossen Rat selber vertreten wird. Dadurch wird die Justiz als eigenständige, dritte Gewalt sichtbarer und transparenter.



## Nachholbedarf im Budget 2017

Bereits im ersten Jahr dieser Unabhängigkeit muss der Gerichtsrat dabei mit einem Budget vor dem Parlament antreten, mit dem die Ausgaben der Gerichte gegenüber der Verwaltung überproportional steigen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Sie liegen primär im Personalbereich. Zur Überprüfung von Personalanträgen der Gerichte haben der Regierungsrat und das Appellationsgericht bereits im Jahr 2011 beim Kompetenzzentrum für Public Management (KPM) der Universität Bern ein umfangreiches Gutachten über die Geschäftslast und die Organisation der Basler Gerichte in Auftrag gegeben. Das KPM hat die Gerichte in den Jahren 2013 und 2014 über ein Jahr lang eingehend untersucht, sämtliche Verfahrensabläufe durchleuchtet und den damit verbundenen administrativen Aufwand erhoben. Mit seinem Schlussbericht vom Januar 2015 haben die Gutachter festgestellt, dass die gut organisierten Gerichte insgesamt «über knappe bis zu knappe personelle Ressourcen» verfügen. Insbesondere für das Appellationsgericht und das Zivilgericht wird die Schaffung neuer Stellen als notwendig empfohlen, um «eine schlechtere Dienstleistungsqualität oder gar eine Verschleppung von Verfahren» zu vermeiden.

Gestützt darauf hat das Appellationsgericht bereits für das Budget 2016 die Einleitung entsprechender Massnahmen zur Erhöhung der Ressourcen im Gerichtsschreiberdienst und auf den Kanzleien der beiden Gerichte verlangt, welche vom Regierungsrat aber wieder aus dem Budgetantrag gestrichen worden sind. Gleich erging es Budgetposten für bereits heute bestehenden Sachaufwand, etwa für die Miete von Räumlichkeiten zur Archivierung der umfangreicher werdenden Verfahrensakten.

### Zunehmender Aufgabenumfang

Dieser erhöhte Aufwand ist ein Abbild kontinuierlich steigender Fallzahlen vor allem im Bereich der Straf- und Verwaltungsjustiz. Hinzu kommen erhöhte Anforderungen, welche die Politik und die Rechtsprechung des Bundesgerichts mit sich bringen. So sind die Begründungsanforderungen in Urteilen insbesondere im Bereich der Strafjustiz deutlich gestiegen, was wiederum personelle Ressourcen bindet. Zudem dürfen in gewissen Bereichen aufgrund der neuen Prozessordnungen heute keine Kostenvorschüsse mehr erhoben werden. Während so 2010 noch rund 55 Prozent der strafrechtlichen Appellationen nicht materiell beurteilt werden mussten, sind es heute bloss noch 24 Prozent der strafrechtlichen Berufungen.

auf die Mitarbeiterebene aufgefangen werden. Hinzu kommen traditionell schlanke Gerichtsleitungsstrukturen an den dezentral organisierten Gerichten. So hat der Gesetzgeber darauf verzichtet, eine zentralisierte Justizverwaltung, wie sie der Kanton Basel-Landschaft kennt, zu schaffen. Der Gerichtsrat verfügt als gerichtsübergreifendes Justizverwaltungsorgan selber über kein Personal, sondern muss auf die Ressourcen der einzelnen Gerichte zurückgreifen. Auch die zentralisierten Bereiche der Justizverwaltung (Kasse, IT-Abteilung) bleiben zur Vermeidung neuer Personalführungsstrukturen Teil des Appellationsgerichts. Die neuen Aufgaben des Gerichtsrats im Bereich der Reglementierung der Justiz, der Gerichtsaufsicht, des Berichtswesens und aktuell der

### Hohes Vertrauen in die Basler Justiz

Eine von Christof Schwenkel und Stefan Rieder durchgeführte Bevölkerungsbefragung über «die Wahrnehmung der Justiz durch die Bevölkerung» zeigt, dass die Gerichte des Kantons Basel-Stadt zusammen mit jenen von Appenzell-Innerrhoden das höchste Vertrauen in der Bevölkerung geniessen. Mit den Appenzeller Gerichten schneidet die baselstädtische Justiz auch in der Beurteilung ihrer Unabhängigkeit und Gleichbehandlung am besten ab. Damit leisten die Gerichte nicht nur der Bevölkerung ihren Dienst in der Streitschlichtung. Eine funktionierende Justiz mit angemessener Verfahrensdauer und Verlässlichkeit in der Rechtsprechung ist auch ein unerlässlicher Baustein für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort. Dieses hohe Vertrauen gilt es mit den notwendigen Ressourcen für die Justiz zu sichern. Gleichzeitig werden sich der Gerichtsrat und die einzelnen Gerichte aber auch weiterhin dafür einsetzen, dass dieses Ziel mit schlanke Leitungsstrukturen und einem effizienten Mitteleinsatz erreicht werden kann.

*„Letzte Aufgabe der Gerechtigkeit ist es, dass der Mensch für seine eigenen Rechte Sorge;  
Erste Aufgabe der Gerechtigkeit dagegen ist es, dass der Mensch lerne die Rechte anderer zu sehen, zu achten und ihnen zu genügen.“  
(Friedrich Lienhardt)*

Ein Personalbedarf bedingt schliesslich auch die Entscheidung des kantonalen Gesetzgebers, den Einsatz von ausserordentlichen Gerichtspräsidien zu beschränken. Dies wurde nur am Zivilgericht durch die Erhöhung der Zahl der Präsidiumsmitglieder aufgefangen. Insbesondere am Appellationsgericht muss der entsprechende Anstieg der Belastung des Präsidiums durch die Delegation von Aufgaben

Systempflege, einem gesamtstaatlichen Projekt zur Überprüfung der Stelleneinrichtungen im Lohnklassensystem, führen daher zu einer stärkeren Belastung des Personals der einzelnen Gerichte. Die KPM-Studie empfiehlt deshalb auch die Entlastung der 1. Gerichtsschreiberin und des Verwaltungschefs am Appellationsgericht, welche stark in die Arbeit im Gerichtsrat involviert sind.

#### Dr. iur. Stephan Wullschleger

studierte und promovierte an der Universität Basel in Rechtswissenschaften und erwarb das baselstädtische Anwaltspatent. Nach einer wissenschaftlichen Assistenz bei Prof. Dr. René Rhinow an der Uni Basel und mehrjähriger Gerichtsschreibertätigkeit am Zivil- und Appellationsgericht amtierte er von 2001 bis 2006 als Gerichtspräsident am Zivilgericht. Seit 2007 ist er als Gerichtspräsident am Appellationsgericht tätig. Auf die neue Amtszeit der Gerichte ab Juli 2016 ist er vom Appellationsgericht als vorsitzender Präsident gewählt worden und bekleidet in dieser Funktion das Amt des Vorsitzenden des Gerichtsrats.

# Sorgen Gerichte für Gerechtigkeit?



Dr. iur. Stefan Suter

Advokatur Dr. Stefan Suter

dr.st.suter@bluewin.ch

**Sind die Begriffe «Recht» und «Gerechtigkeit» deckungsgleich? Gibt es ein Recht ohne Gerechtigkeit? Ist Gerechtigkeit ausserhalb der Rechtsordnung denkbar? Advokat Stefan Suter über die Unterscheidung von Recht und Gerechtigkeit im Kontext der gerichtlichen Rechtsprechung.**

Recht und Gerechtigkeit liegen schon sprachlich nahe beieinander. Der Anspruch des Rechts, gerecht zu sein, ist so alt wie das Recht selbst. Symbol der Rechtsprechung ist die Waage, wonach das Recht nach einem gerechten Ausgleich zwischen den Interessen sucht und entsprechend entscheidet. So die Theorie.

## Recht als Gesellschaftsordnung

Tatsächlich stellt aber bereits der aufmerksame Jus-Student fest, dass nur schon das Wort «Gerechtigkeit» in einer mehrjährigen Ausbildung praktisch überhaupt nicht vorkommt. Auch im weiteren Berufsleben wird der Jurist sich mit der Gerechtigkeitsfrage kaum je befassen müssen. So hat sich das Recht weitgehend von der Gerechtigkeit abgekoppelt. Das ist einerseits bedauerlich und andererseits verständlich. Kein Anwalt wird vor einem Gericht mit der isolierten Argumentation erfolgreich sein, irgendetwas sei gerecht oder ungerecht.

Es liegt auf der Hand, warum seit dem frühen 19. Jahrhundert diese Entwicklung eingetreten ist. Der Kern des Problems liegt schon in der Definition. Beim Recht ist das einfach: Das Recht regelt das Zusammenleben der menschlichen

Gesellschaft. Es besteht aus Normen, die man Gesetze, Reglemente oder Verordnungen nennt und die für einzelne Personen, die sogenannten Rechtsunterworfenen, verbindlich sein sollen. Wobei nicht alle Verhaltensregeln in den Begriff des Rechts gehören. Essgewohnheiten oder Anstandsregeln stehen ausserhalb des Rechts.

## Gerechtigkeit als «höheres» Recht?

Eine allgemein gültige Definition der Gerechtigkeit ist stattdessen praktisch unmöglich. Die Gerechtigkeit setzt voraus, dass es über dem staatlichen Recht den Gerechtigkeitsgedanken gibt, auf den man sich berufen könnte. Genau das sieht aber das staatliche Recht nicht vor. Somit wird der Gerechtigkeitsgedanke zu einem subjektiven Rechtsempfinden herabgemindert. Der Eine mag etwas für gerecht halten, die Andere nicht.

Freilich gibt es Ansätze für ein allgemeines Gerechtigkeitsempfinden wie die Gleichbehandlung oder das Diskriminierungsverbot. Aber auch solche Vorstellungen sind letztlich nicht zeit- und kulturübergreifend. Im Mittelalter hielt es zum Beispiel der grösste Teil der Bevölkerung durchaus für gerecht, dass der Adel über Vorteile verfügte, solange die Untertanen nicht über Gebühr ausgenutzt und durch die Obrigkeit vor Invasoren geschützt wurden.

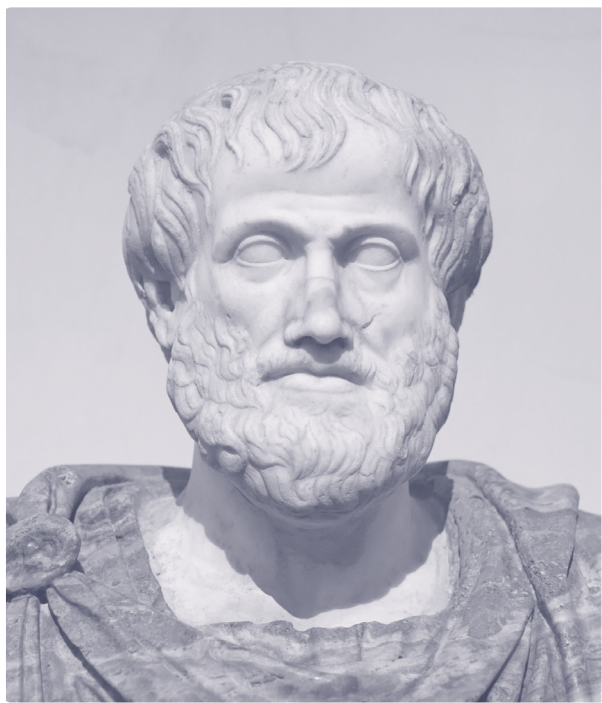
Die durchgehende Abschaffung von Vorrechten einzelner Personengruppen ist eher neueren Datums. So kommt man zum Beispiel zur «modernen» Frage, ob hohe Managerlöhne gerecht sind oder nicht. Natürlich wird an diesem Beispiel offenkundig, dass zwar die übersetzten Gehälter für einen Grossteil der Bevölkerung nicht dem Gerechtigkeitsgedanken entsprechen.





Bei näherem Hinsehen lässt sich allerdings nicht wirklich belegen, warum dies allgemeingültig gelten soll. Rein rechtlich sind die hohen Gehälter kein Problem, wenn sie

nicht, wenn zumindest von aussen der Eindruck entsteht, dort gehe es um Gerechtigkeit – im Gegenteil. Effektiv geht es um staatliches Recht.



«Denn die Gleichheit und Gerechtigkeit wollen, sind immer die Schwächeren, während die Stärkeren sich über diese Dinge keinen Kummer machen.»  
(Aristoteles)

legal zugesprochen worden sind. Freilich lässt sich das Rechtsempfinden in Teilgebiete aufsplitten. Man kann argumentieren, dass ein einzelner Mensch nicht mehr als eine bestimmte Summe erhalten soll, aber mit dem eigentlichen Gerechtigkeitsgedanken hat dies weniger zu tun. Eher mit Mass halten.

#### Wichtige Suche nach Gerechtigkeit

Häufig wurden und werden Gerichtssäle mit dem Gerechtigkeitsymbol der Waage dekoriert, obwohl dort gar nicht vorgesehen ist, gemäss der Gerechtigkeit zu entscheiden. Es gibt zumindest in Mitteleuropa keine Verfassung oder Prozessordnung, die dies vorsieht.

Das mag man für bedauerlich und erschreckend halten. Aber so lange es keinen definierten Gerechtigkeitsbegriff gibt, kann man sich daran auch nicht orientieren. Das Ansehen der Gerichte leidet jedenfalls

Die Rechtsprechung hatte vor ungefähr 150 Jahren eine Kehrtwendung vollzogen. Vorher ging es bei der Rechtsanwendung auch um Rechtssuche. Letztlich die vielleicht illusionäre Suche nach der nicht definierten Gerechtigkeit. Trotzdem blieben aus heutiger Sicht die damaligen «gerechten» Urteile überschaubar.

Seit der Rechtsstaat mit kaum mehr überblickbaren Gesetzen, Verordnungen und Reglementen jegliche erdenkliche Handlung rechtlich festgelegt hat, ist die Suche nach der Gerechtigkeit vollständig aufgegeben worden. Der Rechtsstaat verlangt ein verlässliches Gesetz. Die Rechtssuche besteht «nur» noch in der richtigen Anwendung der manchmal unüberschaubaren Regeln. Die Rechtsgelehrten müssen allerdings aufpassen, denn letztlich schafft nur die Suche nach höherem Recht im Sinne der Gerechtigkeit die Voraussetzung für eine wahre Rechtswissenschaft.

#### Wozu noch Gerichte?

Die plumpe Anwendung einiger Gesetze mit Automatismen (z.B. Raserdelikte, Ausschaffungen) ist eine intellektuell völlig anspruchslose Rechtsanwendung, für die man keine gelehrten Juristen braucht. Es ist eine Bankrotterklärung der Jurisprudenz und der Gerichte, wenn von vornherein in einem Prozess feststeht, was am Ende herauskommt. Wenn die Gerichte nicht einmal mehr ein Ermessen haben, wie lange beispielsweise ein Führerausweisenzug dauern soll, so braucht es auch keine Gerichte mehr. Möglicherweise ist dann nach der Gerechtigkeit auch das Recht abgeschafft worden. Jedenfalls erkennt man vielleicht, dass zumindest das Fehlen jeglichen Gerechtigkeitsgedankens im Gerichtssaal dessen Suche doch wieder rechtfertigt.

#### Dr. iur. Stefan Suter

ist Advokat mit eigener Anwaltspraxis in Basel. In der Öffentlichkeit ist er vor allem durch die Übernahme grosser Fälle von Wirtschaftskriminalität bekannt geworden. Suter befasst sich jedoch seit je auch intensiv mit rechtsgeschichtlichen Themen und rechtsphilosophischen Fragen; Gebiete auf denen er auch mehrfach publiziert hat. Auf seiner Website findet sich der Claim «Recht und Gerechtigkeit»: [www.dr-stefan-suter.ch](http://www.dr-stefan-suter.ch).

# Fühlen Sie sich zum Richter berufen?



lic. iur. Roman Felix, Advokat

Enderle Felix Haidlauf Schmid

Advokatur und Notariat

felix@advokatur.ch

**Während im Kanton Zürich seit Mitte des Jahres nur noch als Richter gewählt werden kann, wer über eine abgeschlossene juristische Ausbildung verfügt, halten sowohl die Kantone Basel-Landschaft wie auch Basel-Stadt an den Laienrichtern und Laienrichtern fest. Woher kommen die unterschiedlichen Ansichten? Und welche Ämter können Laien anstreben? Der Präsident des Basellandschaftlichen Anwaltsverbands beantwortet die Frage mit Fokus auf den Landkanton.**

Im Juni 2016 hat sich das zürcherische Stimmvolk für die Abschaffung der Laienrichter ausgesprochen. Anders in den beiden Basel. Anlässlich der Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes hätten es die Stadt-Basler in der Hand gehabt, das Laienrichtertum abzuschaffen. Davon war allerdings nie auch nur ansatzweise die Rede. Auch im Kanton Basel-Landschaft wird in regelmässigen Abständen zumindest in Teilbereichen über das Thema diskutiert, aber an den Laienrichtern festgehalten.

## Laienrichtertum tief verwurzelt

Die Gründe für die unterschiedlichen Auffassungen sind vielfältig. Zunächst ist das Laienrichtertum in unserem Rechtssystem tief verwurzelt. Es ist ein Relikt aus der politischen Aufklärung des 19. Jahrhunderts. Damals sollten bewusst Laien Einsitz in die Gerichte nehmen, weil sie – so der Grundgedanke – mit den Alltagssorgen der Leute besser vertraut waren. Dadurch sollten Urteile nicht nur lebensnah gefällt, sondern auch verständlicher formuliert werden.

Nicht zu verkennen ist die Gefahr, dass Laienrichter heute der zunehmenden Komplexität der Rechtsfindung nicht mehr gewachsen sind. Rechtsprechung ist mittlerweile eine komplizierte, wissenschaftliche Materie. Dies gilt nicht nur für materielle Fragen, sondern immer mehr auch für prozessuale Bestimmungen, deren Nichteinhalten zum Scheitern führen können. Hinzu kommt, dass Laienrichter sich nicht selten mit einem oder zwei Anwälten konfrontiert sehen und sich gegen diese fachlich zu behaupten haben.



## Laien juristisch überfordert?

Führt man sich dies vor Augen, so stellt sich unweigerlich die Frage, ob das Laienrichtertum heute noch bestehen kann. Dazu hat das Bundesgericht im Jahre 2007 entschieden, dass gegen Laienrichter, die über angemessene Fachkenntnisse verfügen, nichts einzuwenden sei. Zu beurteilen war damals ein vom Volk gewählter Bezirksrichter, von Beruf Architekt ohne juristische Ausbildung. Dieser hätte als einfacher Einzelrichter über eine Wegrechtsstreitigkeit befinden sollen. Die Prozessparteien verlangten dessen Absetzung, da er nicht über eine juristische Ausbildung verfüge. Das Bundesgericht

hielt dazu fest, dass aus der Bundesverfassung zwar verschiedene Verfahrensgarantien wie insbesondere die richterliche Unabhängigkeit und Unparteilichkeit abzuleiten seien, die Garantie eines juristisch ausgebildeten Richters aber nicht dazu gehöre. Selbst für die Wahl als Bundesrichter setze die Verfassung formell lediglich die Vollendung des 18. Lebensjahres und das Schweizer Bürgerrecht voraus (ein Schelm, wer Böses dabei denkt). Allerdings – so das Bundesgericht weiter – müsse ein Richter in der Lage sein, den Fall in seinen Einzelheiten zu erfassen, sich darüber eine Meinung zu bilden und das Recht darauf anzuwenden. Der Anspruch auf ein faires Verfahren könne deshalb berührt sein, wenn unerfahrene Laienrichter ohne Möglichkeit der Mithilfe einer unabhängigen Fachperson ihres Amtes walten müssten. In diesem Fall würde sich die Frage stellen, ob nicht von einem iudex inhabilis (Schattenrichter) gesprochen werden müsste, dem es an den für eine sachgerechte Entscheidungsfindung erforderlichen Eigenschaften fehlt.

## Friedensrichteramts ist geeignet

Fühlen Sie sich zum Laienrichter berufen? Etwa, nachdem Sie sich am kürzlich zum Fernsehereignis des Jahre hochstilisierten Film «Terror – Ihr Urteil» durch Abgabe Ihres Verdiktes interaktiv beteiligt haben? Oder weil Sie kürzlich vor Gericht einen Fall verloren haben und der Meinung sind, Sie können das besser? Wenn Sie Zürcherin oder Zürcher sind, haben Sie Pech gehabt. Im Kanton Basel-Landschaft hätten Sie hingegen diverse Aussichten, auch wenn Sie nicht ganz an die Spitze gelangen könnten. Gemäss Gerichtsorganisationsgesetz BL sollen Richterinnen und Richter als Wahlvoraussetzung lediglich über Fachkenntnisse verfügen, die für die Rechtsprechung des Gerichts, dem sie angehören, erforderlich sind. Dies stellt in der Regel (nach der

geschilderten Interpretation durch das Bundesgericht) keine allzu grosse Hürde dar. Anders bei den Gerichtspräsidien und Vizegerichtspräsidien, welche zwingend eine abgeschlossene rechtswissenschaftliche Ausbildung besitzen müssen.

Am ehesten bietet sich dem Laien das Amt eines Friedensrichters an. Pro Friedens-

18 Richter des Strafgerichts zu. Sowohl Friedensrichter wie auch Richter werden in Baselland vom Volk gewählt, so dass sich die Unterstützung durch eine Partei als Vorteil herausstellt.

#### Keine Laien am Kantonsgericht

Stellt sich die Frage nach der Spitzenposition, einem Richteramt am Kantons-

Was die nebenamtlichen Richterposten am Kantonsgericht betrifft, so müssen nicht nur Laien ihre Ambitionen vergessen. Am 5. Juni dieses Jahres hat das Stimmvolk strengere Unvereinbarkeitsregeln angenommen, die für Mitglieder des Kantonsgerichts gelten, welche ausser ihrem Richteramt auch den Anwaltsberuf ausüben. Ab dem 1. April 2018 dürfen diese nicht mehr anwaltlich vor Gerichten und Verwaltungsbehörden auftreten, wenn das Verfahren auf dem Rechtsmittelweg vor eine Abteilung des Kantonsgerichts gezogen werden kann, der sie als Gerichtsmitglied zugeteilt sind. Die Abstimmung wurde nötig, nachdem das erforderliche Mehr im Landrat nach einer hitzigen Diskussion nicht zustande gekommen ist. Noch im Jahre 2012 hat der Landrat ein praktisch gleichlautendes Postulat mit 65 zu 11 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt und dies damit begründet, dass zu befürchten sei, dass diese Forderung faktisch einem Berufsverbot für Anwältinnen und Anwälte gleichkäme und fraglich wäre, ob die heute vorhandene Fachkompetenz weiterhin gewährleistet werden könne. Dies zeigt eindrücklich auf, wie sich Ansichten innert weniger Jahre wandeln können. Dennoch ist davon auszugehen, dass der Landkanton noch lange am Laienrichtertum festhalten wird.



Henry Fonda in dem Film: «Die zwölf Geschworenen»

Quelle: <http://www.imdb.com/title/tt0050083/mediaviewer/rm2499379456>

richterkreis sind zwei bis drei Mitglieder tätig, über den gesamten Kanton Baselland verteilt deren 34. Die grosse Mehrheit der Friedensrichter sind Laien. Beim Friedensrichteramt geht es primär darum, einen Streit zu schlichten, komplexe rechtliche Fragen treten in den Hintergrund. Bei diesen Sühneverhandlungen können Laien ihre Sachkompetenz und Lebenserfahrung einbringen, dies oft mit Erfolg.

Als Laie ist im Kanton Basel-Landschaft auch ein Richteramt möglich. Viele der an den beiden Zivilkreisgerichten tätigen 20 Richter sind Laien. Dies trifft auch auf die

gericht. Es gelten dieselben Wahlvoraussetzungen, nur die Präsidien und die Vizepräsidien benötigen eine juristische Ausbildung. Dies gilt jedoch nur de iure. Tatsächlich lässt sich am Kantonsgericht heute kein einziger Richter ohne juristische Ausbildung mehr finden. Die Wahl sämtlicher Mitglieder des Kantonsgerichts (einschliesslich Präsidium, Vizepräsidium, Abteilungspräsidien und Abteilungs-vizepräsidien) erfolgt durch den Landrat, was, zumindest in jüngerer Vergangenheit, zu durchaus offen ausgetragenen Ränkespielen geführt hat, die nicht immer schön anzusehen waren.

#### lic. iur. Roman Felix

ist Advokat und Partner der Advokatur und Notariat Enderle Felix Haidlauf Schmid in Reinach. Er ist Präsident des Basellandschaftlichen Anwaltsverbands und vertritt diesen in der Redaktionskommission der «tribune».

# Die Gerichte in Basel-Stadt und Basel-Landschaft

## Basel-Stadt

### Appellationsgericht

Oberste Instanz in Zivil- und Strafsachen, kantonales Verwaltungs- und Verfassungsgericht. In wenigen zivilrechtlichen Angelegenheiten entscheidet es als erste und einzige kantonale Instanz.

### Zivilgericht

Erste kantonale Instanz in Zivilrechtsstreitigkeiten und zuständig für das ganze Gebiet des Kantons Basel-Stadt.

### Strafgericht

Beurteilt alle Straftaten, die im Kanton Basel-Stadt von erwachsenen Personen begangen werden.

### Jugendgericht

Erstinstanzliche kantonale Gerichtsbehörde für Personen, die im Zeitpunkt des Begehens einer Straftat das 18. Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben.

### Sozialversicherungsgericht

Zuständig für die Beurteilung von Streitigkeiten aus allen Zweigen des Sozialversicherungsrechts.

### Gericht für fürsorgerische Unterbringungen

Entscheidet über Beschwerden im Zusammenhang mit Anordnungen von fürsorgerischen Unterbringungen.

### Rekurskommissionen

Verwaltungsunabhängige Instanzen, die über angefochtene Entscheide von Verwaltungsstellen befinden.

## Basel-Landschaft

### Kantonsgericht (in Liestal)

Berufungs- und Beschwerdeinstanz gegen Urteile der erstinstanzlichen Gerichte und Entscheidungen des Regierungsrats, Sozialversicherungsprozesse, Gerichtsverwaltung.

### Straf- und Jugendgericht (in Muttenz)

Gericht für Strafprozesse bzw. Strafprozesse gegen Jugendliche.

### Zivilkreisgerichte

Zuständig für Zivilprozesse, Rechtsöffnungen, Konkursöffnungen.  
Ost: Liestal, Sissach, Gelterkinden, Waldenburg  
West: Arlesheim, Laufen

### Friedensrichterämter (15 FR-Kreise)

Schlichtungsverhandlungen in Zivilprozessen, Entscheide bis CHF 2'000.

### Steuer- und Enteignungsgericht (in Liestal)

Abteilung Steuergericht  
Abteilung Enteignungsgericht

### Zivilprozesse

Klagen auf Forderungen, Schadenersatz, Nachbarrecht und Ehrverletzungsprozesse nehmen ihren Anfang in der Regel beim Friedensrichteramt am Wohnsitz der beklagten Partei, worauf die Friedensrichterin bzw. der Friedensrichter die Parteien zu einem Schlichtungsversuch vorlädt und den Streit, soweit die Streitsumme unter CHF 2'000 liegt, auch entscheiden kann. Misslingt der Schlichtungsversuch, kann der Kläger den Fall vor das zuständige Zivilkreisgericht weiterziehen.

IMPRESSUM Nummer 4/2016, erscheint viermal jährlich.

HERAUSGEBER: Handelskammer beider Basel (info@hkbb.ch), Advokatenkammer Basel, Basellandschaftlicher Anwaltsverband (sekretariat@advokaturambahnhof.ch) grosszügig unterstützt von der Jubiläumsstiftung La Roche & Co (jubilaumsstiftung@larochebanquiers.ch)

REDAKTION: Dr. Philip R. Baumann, lic. iur. Roman Felix, Dr. iur. Alexander Filli, Dr. iur. Urs D. Gloor, lic. phil. I Jasmin Fürstenberger,

MLaw Andrea Tarnutzer-Münch, lic. phil. I Roger Thiriet

LAYOUT: Elmar Wozilka, Handelskammer beider Basel, Druck: bc medien ag, Münchenstein

ADRESSE: «tribune», St. Jakobs-Strasse 25, Postfach, 4010 Basel, Telefon: +41 61 270 60 31 Telefax: +41 61 270 60 05 E-mail: tribune@hkbb.ch

«tribune» ist eine offizielle Publikation der herausgebenden Organisationen für deren Mitglieder.

Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Für Nichtmitglieder kostet das Jahresabonnement CHF 20.–

AZB

CH-4010 Basel  
P.P. / Journal

tribune